

## Marktplatz der Argumente und der öffentlichen Diskussion

*Politik ist ein öffentlicher Vorgang. Über die Entscheidungen für unser Gemeinwesen dürfen wir alle mitreden. Vor allem im Nahbereich ist diese Teilhabe für die Menschen von großer Bedeutung. Die Lokalzeitung ist der Marktplatz für den Diskurs vor Ort. Sie liefert dazu die nötigen Informationen, Hintergründe und Argumente. Als Anwalt und Vermittler moderiert die Redaktion eine lebendige Debatte, in der alle Stimmen Gehör finden. Und sie greift Themen auf, die die Verantwortlichen in den Gremien und in der Verwaltung kleinreden oder verschweigen.*

► Preisträger 2016

### **POLITIK LOKAL**

► Wirtschaft lokal

► Kultur lokal

► Sport lokal

► Gesellschaft lokal

► Panorama lokal

► Service lokal



LOKALES

Für die 14-jährige  
endete in der  
heit so manch  
tour mit ihrer  
nen im Frust. Weil es  
das allen so gut gefie  
nicht in ihrer Grö  
Schwimmbad ist sie  
mitgegangen. Sie  
schämt, wollte abf  
kungen aus dem  
Denn das 1,63 Me  
chen brachte im  
gramm auf die V  
sucht sie, in der  
nik „Am Nicolai  
sch „Bürgerha

## Zeitung als Anwalt der Menschen in der Region

**Die Bewohner des deutsch-belgischen Grenzgebiets sorgen sich wegen veralteter Atomreaktoren in Belgien. Die Redaktion der Aachener Zeitung und der Aachener Nachrichten macht die Abschaltung zum Schwerpunktthema und setzt sich für die Menschen in der Region ein.**

Das Kernkraftwerk Tihange ist von Aachen 64 Kilometer entfernt. Bei einem Störfall wäre die Grenzregion direkt betroffen. Ähnliches gilt für das Kernkraftwerk Doel, das ebenfalls nahe der Grenze liegt. Beide Reaktoren sind technisch veraltet und gelten als unsicher. Das Thema bewegt nicht nur die Menschen rund um Aachen, sondern weit darüber hinaus.

Immer wieder berichtet die Zeitung über Tihange, macht sich zum Anwalt der Bürger, greift die Kritik auf, spricht mit Experten. Sie löst damit viele Protestbewegungen in Aachen und Umgebung aus. Es gibt Demonstrationen, Petitionen, Klagen. In den Schaufenstern von Geschäften und auch in Privathäusern hängen Plakate. Ebenso wie die Bürger fordert auch der Landtag von Nordrhein-Westfalen die Abschaltung der Reaktoren.

Der belgische Betreiber Engie-Electrabel lässt die Kritiker abblitzen. Der Reaktor sei – trotz Tausender Haarrisse – sicher, alle Anforderungen der Atomaufsichtsbehörde seien erfüllt. Die deutschen Behörden hingegen sehen die Lage sehr kritisch. Inzwischen werden in der Region bereits Jodtabletten für den Ernstfall verteilt.

Um alle wesentlichen Aspekte des Themas zusammenzufassen, veröffentlicht die Zeitung eine 16-seitige Beilage und verteilt sie flächendeckend an alle Haushalte des Verbreitungsgebiets. Und sie veranstaltet ein Forum in Aachen, an dem Wissenschaftler, Bürgerinitiativen, Politiker und Journalisten teilnehmen. Da das Forum mit über 500 Gästen schnell ausgebucht ist, wird es als Live-Streaming übertragen. Leserinnen und Leser können online Fragen stellen. Ein Teil der Fragen fließt in die Veranstaltung ein und wird dort beantwortet.

ZEITUNGSVERLAG  
AZ AN AACHEN

### Stichworte

- ▶ Aktionen
- ▶ Anwalt
- ▶ Energie
- ▶ Forum
- ▶ Gesundheit
- ▶ Hintergrund
- ▶ Politik
- ▶ Recherche / Investigation
- ▶ Service
- ▶ Umwelt

### Kontakt:

Thomas Thelen, stellv. Chefredakteur, Telefon: 0241/5101-323, E-Mail: t.thelen@zeitungsverlag-aachen.de

# Tihange

November 2016

AZ AN

DOSSIER

### SCHLÜSSELFIGUR, REIZFIGUR

Jan Bens, Leiter der belgischen Atomaufsicht FANC

▶ Seite 7



### GRETCHENFRAGE

Warum steigt Belgien nicht aus der Atomkraft aus?

▶ Seite 6



**Protest!**  
**Eine Region macht mobil gegen Kernenergie**

Ein Produkt aus dem  
**MEDIENHAUS**  
AACHEN

Foto: gpa

# Zusammen mit den Leser entsteht ein Wahlprogramm

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Schon seit Jahren ist Bürgerbeteiligung bei der Braunschweiger Zeitung Programm. Nun setzt sie das auch bei der Kommunalwahl um. Zusammen mit Leserinnen und Lesern entwickelt die Redaktion ein Wahlprogramm, das als Prüfstein für den künftigen Stadtrat dient.

In der Vorbereitung zur Kommunalwahl am 11. September 2016 betritt die Lokalredaktion Neuland. Sie entwickelt ein Konzept mit zwei Zielen: Zum einen soll zusammen mit den Lesern in einem Workshop mit der Redaktion ein Leser-Wahlprogramm erarbeitet werden. Es soll als Maßstab für die Kommunalpolitik des Braunschweiger Stadtrats bis 2021 dienen. Zum anderen soll durch eine umfangliche Berichterstattung die Wahlbeteiligung gesteigert werden. Beide Projekte werden von Leserforen flankiert.

Das hochgesteckte Ziel wird tatsächlich erreicht. Die Wahlbeteiligung in Braunschweig, die 2011 noch 49,4 Prozent betragen hatte, steigt auf 55,6 Prozent. Sie liegt damit auch über dem Landesdurchschnitt.

Für das Leser-Wahlprogramm tragen die Teilnehmer des Leserforums 20 Programmpunkte zusammen – vom Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs über die autofreie Stadt bis

hin zum Bau von Wohnungen, Brücken und Straßen. Die Leser werden so auf neuartige Weise über Kommunalpolitik informiert und zum Handeln motiviert. Im Gegensatz zu vielen Wahlprogrammen wird der Kriterienkatalog der Leser nicht abgeheftet, sondern bleibt fünf Jahre lang als Leitfaden auf der Tagesordnung der Redaktion. Sie greift kontinuierlich die Themen auf. Und sie zieht am Ende Bilanz, ob und wie eine Stadtpolitik für die Bürger gelungen ist.

In einem weiteren Leserforum werden die Vorstellungen der Parteien und Kandidaten dem Check der Redaktion und der Leser unterzogen. Die Zeitung flankiert das über mehrere Wochen hinweg mit einer ausführlichen Berichterstattung. Zahlreiche Porträts, Erklärstücke und Hintergrundberichte lassen eine Topografie der Braunschweiger Kommunalpolitik entstehen. Sie wird sogar von Lehrern – angesichts des Wahlalters von 16 Jahren – im Unterricht eingesetzt.

Die Zeitung macht die Bürger fit für den Wahltag. Und die Redaktion spürt, dass das Thema Kommunalpolitik durchaus ein Quotenbringer beim Lesewert sein kann.

### Stichworte

- ▶ Aktionen
- ▶ Anwalt
- ▶ Demokratie
- ▶ Forum
- ▶ Gesellschaft
- ▶ Heimat
- ▶ Interaktiv
- ▶ Kommunalpolitik
- ▶ Service
- ▶ Wahlen
- ▶ Zukunft

### Kontakt:

Henning Noske, Lokalchef der Lokalredaktion Braunschweig, Telefon: 0531/30 00 332, E-Mail: henning.noske@bzv.de  
 Cornelia Steiner, stellvertretende Lokalchefin der Lokalredaktion Braunschweig, Telefon: 0531/39 00 340, E-Mail: cornelia.steiner@bzv.de

Freitag, 19. August 2016

# Braunschweig

## 20 Punkte für die Kommunalwahl

Beim Leserforum entsteht das Leser-Wahlprogramm: Diese Themen sind vielen Braunschweigern sehr wichtig.

Von Cornelia Steiner

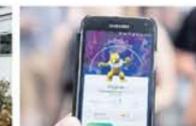
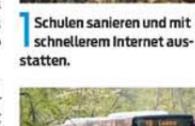
**Braunschweig.** Demokratie und Zeitung leben vom Mitmachen – entsprechend lebendig war das Leserforum unserer Zeitung zur Kommunalwahl. Im Pressehaus ging es darum, es nicht beim Meckern zu belassen – und stattdessen handfeste Vorschläge für ein Leser-Wahlprogramm zu machen. Auch nach zwei Stunden Diskussion kamen noch Leser nach vorn ans Mikrofon, um ihre Meinung kundzutun. Sollten Bus und Bahn für Oberstufenschüler kostenfrei sein? Die meisten Jugendlichen fänden das toll, und in der Politik ist das Thema seit längerem im Gespräch. Ein Leser lehnte dies jedoch ab: „Höhere Zuschüsse sind sinnvoll, aber was völlig kostenlos ist, wird schnell als wertlos angesehen.“

Unterschiedliche Ansichten gab es auch zu der Forderung nach Tempo 30 auf der Ebertallee, um Lärm zu verringern und dem ruhigen Charakter des Prinzenparks gerecht zu werden. Die Kritik: Die Ebertallee als wichtige Einfallstraße werde von vielen Pendlern genutzt – Tempo 30 würde den Verkehrsfluss beeinträchtigen, so die Meinung. Es ging hin und her. Das Ergebnis ist das nebenstehende Leser-Wahlprogramm: eine Sammlung wichtiger Themen – ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Natürlich kann die Redaktion für die Umsetzung nicht garantieren, aber sie kann recherchieren und berichten. Es sind 20 Punkte, denen die Redakteure bis zur Wahl am 11. September und auch danach nachgehen. Zudem werden wir die zur Kommunalwahl antretenden Parteien mit diesem Programm der Leser konfrontieren – und zwar bei unserem nächsten Leserforum am Donnerstag, 1. September, 18.30 Uhr, BZV-Medienhaus.



Beim Leserforum diskutierten Gäste und Redaktion wichtige Anliegen der Bürger und wollen gemeinsam prüfen, was daraus wird. Die Redakteure Cornelia Steiner, Jörn Stachura und Katja Dartsch (vorn, von links) schreiben das 20-Punkte-Programm der Leser auf. Foto: Thomas Ammerpohl



 <b>1</b> Schulen sanieren und mit schnellerem Internet ausstatten.	 <b>2</b> Ruhestörung und Vermüllung durch Pokémon-Spieler unterbinden.	 <b>3</b> Transparenz bei allen Kosten rund um die Flüchtlings-Unterbringung.	 <b>4</b> Grüne Welle für die Feuerwehrrauf auf dem Ring.	 <b>5</b> Noch mehr Gehör für Anliegen der Stadtbürger im Rat.
 <b>6</b> Bus und Bahn für alle Schüler kostenlos – oder sogar für alle Bürger.	 <b>7</b> Die Baumschutzsatzung in Braunschweig wieder einführen.	 <b>8</b> Keine Hauptverkehrsstraße für die neue Nordstadt.	 <b>9</b> Bessere Verkehrssituation rund um den Flughafen und Waggon.	 <b>10</b> Ein Bekenntnis der Politik gegen Bragida – und die Demos einschränken.
 <b>11</b> Autofreie Innenstadt für mehr Umweltschutz und Attraktivität.	 <b>12</b> 20 Prozent sozialer Wohnungsbau bei allen Neubauten.	 <b>13</b> Die Kindergarten-Gebühren schnell wieder abschaffen.	 <b>14</b> Mehr Verkehrskontrollen in den Tempo-30-Zonen.	 <b>15</b> Den Wallring noch konsequenter vor Eingriffen schützen.
 <b>16</b> Keine Erlaubnis mehr für Zirkusse mit Wildtieren.	 <b>17</b> Nachtflugverbot am Flughafen Braunschweig-Wolfsburg.	 <b>18</b> Mehr öffentliche Sportanlagen und Sportplätze in den Parks.	 <b>19</b> Neubau der Okerbrücke zwischen Leiferde und Stöckheim.	 <b>20</b> Mehr Ganztagschulen und Schulkindbetreuung.

**Reden Sie mit!**  
 Welche Themen müssen vor der Kommunalwahl noch diskutiert werden?  
 braunschweiger-zeitung.de

# Akribische Recherche lässt Spuk aufliegen

**Der komplette Stadtrat eines Oberzentrums fällt auf die aberwitzige Idee eines halbseidenen Hochstaplers herein. Die Recherchen der Lokalzeitung durchleuchten den Spuk und beenden ihn schließlich. Sie wenden damit großen Schaden von der Stadt ab.**

„Haben Sie schon von diesem Investor gehört?“ Mit dieser Frage fängt es an. Michael Ende, seit 25 Jahren Lokalredakteur bei der Celleschen Zeitung, bekommt sie aus dem Umfeld der Ratspolitik zu hören. Er wird neugierig, aber die Verantwortlichen im Celler Stadtrat wurden vom Oberbürgermeister zum Schweigen verdonnert – und halten tatsächlich dicht. So muss der Redakteur an viele Türen klopfen, führt viele vertrauliche Gespräche, sichtet interne, geheime und unmissverständliche Akten und E-Mail-Verkehr. Vier Wochen lang recherchiert er – neben dem normalen Tagesgeschäft – rings um das Thema und entdeckt eine ungeheuerliche Story: Da hatte wirklich ein dreister Hochstapler die gesamte Verwaltung und den Stadtrat von Celle mit hanebüchenen und haarsträubenden Behauptungen, die niemand wirklich jemals überprüft hatte, zum Narren gehalten.

Ein milliardenschwerer Investor will 700 Millionen Euro in der Stadt investieren, eine Fabrik bauen und 1.800 Arbeitsplätze schaffen. Angeblich. Denn die Recherchen ergeben, dass der Mann offensichtlich ein Hochstapler ist, der gar keine eigene Firma und im Internet keine Spuren hinterlassen hat; dass niemand die Geldgeber kennt; dass ein ähnlicher Millionen-Deal in einer anderen Stadt bereits geplatzt ist; dass die Geschäftsidee nach Expertenmeinung gar nicht funktionieren kann.

Der Redakteur deckt all diese Ungeheimheiten auf. Der Stadtrat, der bereits in geheimer Sitzung für den Grundstücksverkauf votiert hat, erfährt aus der Zeitung, dass die Verwaltung schon jahrelang Verhandlungen mit dem Investor führt, aber keine Informationen über ihn und seine Geschäfte eingeholt hat. Nach der Veröffentlichung ist der Millionen-Deal binnen einer Woche vom Tisch.



### Stichworte

- ▶ Hintergrund
- ▶ Kommunalpolitik
- ▶ Kontinuität
- ▶ Recherche/Investigation
- ▶ Wächteramt
- ▶ Wirtschaft

Während im Rathaus Schweigen zu der Geschichte herrschte, bedankten sich die Leser. Dafür, dass die Lokalredaktion als Kontrollinstanz gegenüber grenzwertig handelnden Politikern funktioniert.

### Kontakt:

Michael Ende, Lokalredakteur, Telefon: 05141/990122, E-Mail: m.ende@cellesche-zeitung.de

# LOKALES

Samstag, 27. August 2016

www.cellesche-zeitung.de/lokales

9

## Der 800-Millionen-Euro-Deal

Mysteriöser Super-Investor will in Celle 1800 Arbeitsplätze aus dem Boden stampfen

CELLE. Es gibt Dinge, die sind so schön, um wahr zu sein. Dazu zählen wohl auch die Pläne von Peter Krämer. Der Mann aus Kropp in Schleswig-Holstein tritt in Celle als „Investor“ auf – und was für einer: Sage und schreibe 800 Millionen Euro wollte Krämer in Celle in ein Mega-Projekt stecken. Auf 140.000 Quadratmetern im Wietzenbrucher Landhüter-Gewerbegebiet Kolkwiesen wollte er eine Zerspanungs-Fabrik mit 1000 Mitarbeitern aus dem Boden stampfen. Ein Riesenbetrieb mit vielen Jobs, sprudelnde Gewerbesteuer: herrlich. Während Zweifler aus der Politik warnten, ließ sich die Verwaltungsspitze und auf ihr Betreiben auch der Rat auf das Wagnis mit dem Super-Investor ein. Das Resultat könnte ein Super-Flop werden.

Bisher wurde dieses wichtige Thema nur in nichtöffentlichen Sitzungen behandelt. Der CZ liegen Protokolle dazu vor. Sie belegen, wie Wunschdenken gepaart mit Naivität dazu führen kann, dass realistische Bedenken vom Tisch gewischt werden – getreu dem Motto: „Wird schon schiefgehen.“ Und dann? Dann geht es auch mal schief.

Am 7. Juni 2016 stellte die Verwaltung das Projekt zuerst im Ausschuss für Stadtentwicklung vor. Da keinerlei Referenzen über Krämer vorlagen, entwickelte sich eine „kontroverse Diskussion“, wie es im Protokoll heißt. Sowohl CDU als auch SPD wollten Näheres erfahren – besonders, was die Realisierungswahrscheinlichkeit und die Liquidität des Investors anging.

„SPIELGELD“ AUS DUNKLEN QUELLEN? Im nichtöffentlichen Teil der Ratssitzung vom 16. Juni wies Oberbürgermeister Dirk-Ulrich Mende (SPD) laut Protokoll darauf hin, „dass es sich um ein Vorhaben handele, bei dem man mutig sein müsse“ – auch wenn es „sicherlich ein gewisses Risiko“ gebe. Jetzt war „nur“ noch von 700 Millionen Euro die Rede. „Derzeit sei jedoch fraglich, woher das Geld komme.“ Es kursierten Gerüchte, denen zufolge der Investor „aus Kanada komme und in der Ölbranche“ tätig sei. Anderen Quellen zufolge sollte das Geld aus dunklen Quellen in Russland oder der Ukraine stammen. Irgendein Oligarch wolle hier sein „Spielgeld“ anlegen, hieß es.

Referenzen könne der Investor nicht vorweisen, heißt es im Protokoll der geheimen Ratssitzung. Bis auf eine: „Ein ähnliches Verfahren sei kürzlich



Rauchende Schornsteine, blühende Industrie-Landschaften – etwas Ähnliches wie das Stahlwerk des Industriekonzerns ThyssenKrupp in Duisburg dürfte den Befürwortern des Celler Mega-Deals vorschweben.

auch in Rendsburg abgeseegnet worden. Den Kaufpreis für das Grundstück wolle der Interessent zum 1. August des Jahres bezahlen, spätestens dann solle der Investor offengelegt werden. Der Oberbürgermeister bittet den Rat um Zustimmung zu dem geplanten Vorhaben.“

Während laut Sitzungsprotokoll Jürgen Rentsch (SPD) sagte, „dass bei der sich bietenden Großchance dieses kleine Risiko ohne Weiteres zu vernachlässigen sei“, war Heiko Gevers (CDU) argwöhnisch: Er sagte, er könne das „geheim“ Rat laut Protokoll Agieren des Investors“ nicht nachvollziehen. Außerdem wies Gevers auf die dürftige Verkehrsanbindung der Kolkwiesen hin – und das bei einem Projekt, das eigentlich einen eigenen Hafen bräuchte. Mende sagte daraufhin, dass der „Anlieferverkehr über die A7 leistungsfähig“ sei und der Hafen am Mittelkanal in Hannover „mit eingebunden“ werden solle. Außerdem solle das Werk einen Betriebskindergarten bekommen, freute sich der OR.

Wer ist dieser Peter Krämer, der von einem Wohnhaus am Kroppener Blumenweg aus mit Millionen jongliert und in Rendsburg bereits erfolgreich tätig gewesen sein soll? Im Internet gibt es keine Infor-

tionen über ihn und seine Firma „bakaromation“ – aber ich fürchte, daraus wird nichts.“

„Trotz aller Bedenken beschloss der „geheim“ Rat laut Protokoll auf Anraten Mendes bei sieben Enthaltungen einstimmig, dass 140.000 Quadratmeter Kolkwiese zu einem Preis zwischen 12 und 14 Euro pro Quadratmeter an Peter Krämer verkauft werden sollten. So wollte man 1,96 Millionen Euro einnehmen.“

Wer ist dieser Peter Krämer, der von einem Wohnhaus am Kroppener Blumenweg aus mit Millionen jongliert und in Rendsburg bereits erfolgreich tätig gewesen sein soll? Im Internet gibt es keine Infor-

tionen über ihn und seine Firma „bakaromation“ – aber ich fürchte, daraus wird nichts.“

„Trotz aller Bedenken beschloss der „geheim“ Rat laut Protokoll auf Anraten Mendes bei sieben Enthaltungen einstimmig, dass 140.000 Quadratmeter Kolkwiese zu einem Preis zwischen 12 und 14 Euro pro Quadratmeter an Peter Krämer verkauft werden sollten. So wollte man 1,96 Millionen Euro einnehmen.“

Wer ist dieser Peter Krämer, der von einem Wohnhaus am Kroppener Blumenweg aus mit Millionen jongliert und in Rendsburg bereits erfolgreich tätig gewesen sein soll? Im Internet gibt es keine Infor-

tionen über ihn und seine Firma „bakaromation“ – aber ich fürchte, daraus wird nichts.“

„Trotz aller Bedenken beschloss der „geheim“ Rat laut Protokoll auf Anraten Mendes bei sieben Enthaltungen einstimmig, dass 140.000 Quadratmeter Kolkwiese zu einem Preis zwischen 12 und 14 Euro pro Quadratmeter an Peter Krämer verkauft werden sollten. So wollte man 1,96 Millionen Euro einnehmen.“

Wer ist dieser Peter Krämer, der von einem Wohnhaus am Kroppener Blumenweg aus mit Millionen jongliert und in Rendsburg bereits erfolgreich tätig gewesen sein soll? Im Internet gibt es keine Infor-

tionen über ihn und seine Firma „bakaromation“ – aber ich fürchte, daraus wird nichts.“

„Trotz aller Bedenken beschloss der „geheim“ Rat laut Protokoll auf Anraten Mendes bei sieben Enthaltungen einstimmig, dass 140.000 Quadratmeter Kolkwiese zu einem Preis zwischen 12 und 14 Euro pro Quadratmeter an Peter Krämer verkauft werden sollten. So wollte man 1,96 Millionen Euro einnehmen.“

Wer ist dieser Peter Krämer, der von einem Wohnhaus am Kroppener Blumenweg aus mit Millionen jongliert und in Rendsburg bereits erfolgreich tätig gewesen sein soll? Im Internet gibt es keine Infor-

### KONTAKT

Fragen, Anregungen, Kritik? Als Mitarbeiter der Lokal-Redaktion freut sich Michael Ende am Montag über Rückmeldungen unter ☎ (05141) 990-122.

### MEINUNG

#### Klingelt's?

Ein Investor, der mit Hunderten von Millionen herumhandelt, aber nicht einmal eine Firma hat und von einem Wohnhaus in Kropp aus agiert. Eine Geschäftsidee, die in Celle nach Einschätzung von Experten gar nicht funktionieren kann. Ominöse Geldgeber, die niemand kennt und die geheim bleiben sollen. Ein geplatzter Millionen-Deal in Rendsburg. Warnungen vor einem Hochstapler, der Luftschlösser baut. Was brauchen Celles Entscheidungsträger eigentlich noch, bis bei ihnen sämtliche Alarmglocken klingeln?

Der Umstand, dass sich Celles Politiker – und ihr oberster Wirtschaftsförderer vornehmweg – an den zugegebenmaßen geradezu monströsen Strohhalm einer Investitions-Fata-Morgana klammern, lässt nichts Gutes ahnen: Gibt es denn nichts zu entwickeln, was Hand und Fuß hat? Muss es denn so eine Riesen-Nummer sein? Ginge Wirtschaftsförderung nicht auch ein bisschen kleiner, aber dafür mit Bodenhaftung, Professionalität und Blick fürs Machbare?

Sicher, sicher: Natürlich besteht die Chance, dass das 700-Millionen-Ding tatsächlich gebaut wird. Die Hoffnung stirbt halt meist zuletzt.



Michael Ende

### POLIZEIBERICHT

**Waldboden in Brand gesetzt**  
ALTENCHELLE. 200 Quadratmeter brennenden Waldboden hat die Feuerwehr Altencelle am Donnerstag gelöscht. Das Feuer war in der Nähe des Bleckenwegs ausgebrochen. Die Beamten gehen davon aus, dass der Brand nicht durch Selbstzündung entstanden ist. Hinweise an die Polizei unter Telefon (05141) 277215.

**Sittenstrolch in Triftnanlagen**  
NEUENHÄUSEN. Ein Exhibitionist hat sich am Donnerstag gegen 17 Uhr in den Triftnanlagen entblößt. Der Sittenstrolch war etwa 30 Jahre alt und 1,70 Meter groß, trug kurze schwarze Haare, ein orangefarbenes T-Shirt und eine blaue Hose. Hinweise unter Telefon (05141) 277215.

### DIE CZ BEI FACEBOOK

**Aktuelle Infos direkt aufs Handy**  
Unter [www.facebook.com/CellescheZeitung](http://www.facebook.com/CellescheZeitung) verbreiten wir täglich Neuigkeiten aus Stadt und Landkreis Celle, posten große Bildergalerien, verlosen Preise und geben Hinweise auf Beiträge unserer Homepage [www.cellesche-zeitung.de](http://www.cellesche-zeitung.de) – fast 38.000 Nutzern gefällt dies bereits. In dieser Woche wurde vor allem über die Verkehrsprobleme nach der Fertigstellung des Celler Neumarkt-Kreises heiß diskutiert. Unsere Facebook-News gibt es als „CZConnect“ übrigens auch als Handy-App: für Android, iOS und Windows Phone – gratis und auch für alle, die kein Facebook nutzen.



Im Wietzenbrucher Gewerbegebiet Kolkwiesen ist noch Platz – sehr viel Platz.

# Die Geschichte der Flüchtlinge beginnt erst

Hamburger Abendblatt

**Was macht eine so plötzliche, zahlenmäßig große Migration mit einer Stadt wie Hamburg? Dieser Frage geht das Hamburger Abendblatt nach. Die Zeitung untersucht die Herausforderungen der Flüchtlingskrise und nimmt eine Bestandsaufnahme für alle Gesellschaftsbereiche vor.**

Über die Flüchtlinge ist viel gesprochen worden. Über ihre Unterbringung. Über ihre Religion. Vor allem über ihre schiere Zahl. Binnen zwölf Monaten kamen mehr als 800.000 Flüchtlinge nach Deutschland, davon über 45.000 nach Hamburg.

Aber wer ist da eigentlich zu uns gekommen? Welche Talente und Traumata bringen diese Menschen mit? Wer kann dafür sorgen, dass Integration gelingt? Angetrieben von solchen Fragen, beginnt die Redaktion ein Rechercheprojekt, das über vier Monate geht. Fazit: Die Geschichte der Flüchtlinge beginnt erst jetzt.

Die Ergebnisse der Recherche münden in eine Serie, die genau das erzählt, was der Titel verspricht: „Wie die Flüchtlinge Hamburg verändern“. Die Redaktion nimmt alle Bereiche unter

die Lupe: Demografie, Schule, Universitäten, Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen, Sicherheit, Stadtentwicklung. Sie zeigt, was sich durch die Neuankömmlinge wandelt, wandeln muss. Sie bringt neue Fakten in eine hochemotionale Debatte, erfreuliche wie ernüchternde.

Vor allem zeigt sie nicht nur die Zahlen, sondern auch die Menschen dahinter. Es sind die Flüchtlinge selbst, die mit der neuen Situation kämpfen, die lernen und studieren oder ins Abseits abgleiten. Ebenso Menschen, die als Lehrer, Arbeitsvermittler, Therapeuten oder Unterkunftsmanager für die Flüchtlinge und mit ihnen arbeiten. Um die Gesichter der Integration sichtbar zu machen, hat die Redaktion die Serie mit Texten, Videos und Grafiken auch multimedial aufbereitet.

Zwei Erkenntnisse der Redaktion aus dem Rechercheprojekt: Es ist wichtig, auch beim so oft diskutierten Thema Flüchtlinge noch die Bereitschaft für neue Perspektiven zu bewahren. Und: Die Menschen, die hierher kamen, halten uns einen Spiegel vor – der Blick hinein lohnt sich.

## Stichworte

- ▶ Alltag
- ▶ Ausländer
- ▶ Flüchtlinge
- ▶ Gesellschaft
- ▶ Hintergrund
- ▶ Integration
- ▶ Kommunalpolitik
- ▶ Layout
- ▶ Menschen
- ▶ Zukunft

## Kontakt:

Christoph Heinemann, Redakteur, Telefon: 0160/886 445, E-Mail: christoph.heinemann@abendblatt.de

Hamburger Abendblatt

Sonnabend/Sonntag, 24./25. September 2016

mehr **hamburg** <sup>38</sup>/<sub>2016</sub>  
Das Magazin zum Wochenende

**Zu Tisch** Hamburgs 100 beste Restaurants – heute: das Jellyfish **Roter Faden** Antje Holst, gute Seele für Kinder im Kongo **Garten** Wenn die Frau beim Pflanzenkauf die Preisbremse tritt

**Gestern & Heute** Vor 20 Jahren fiel das Todesurteil für Altenwerder **Junior** Schwimmen für einen sehr guten Zweck **Von Mensch zu Mensch** Neue Beraterin für bedürftige Senioren



# Recherche und Offenheit als Mittel gegen Polemik

Die „Kölner Silvesternacht“ ist zur Chiffre geworden für einen Stimmungswandel in der „Flüchtlingskrise“. Die Redaktionen von Stadt-Anzeiger und Express sitzen mittendrin – auch als Ziel polemischer Vorwürfe. Sie reagieren, indem sie akribisch recherchieren und professionell berichten.

Nach den Exzessen sexualisierter Gewalt in der Umgebung des Kölner Doms werden auch die Medien schnell mit Anschuldigungen konfrontiert. Sie würden nicht offen und wahrheitsgemäß berichten, Tatsachen unter den Teppich kehren oder beschönigen. Die Redaktion des Kölner Stadt-Anzeigers – und ebenso die des Express – setzen mit Professionalität und größtmöglicher Offenheit dagegen. Sie recherchieren die Hintergründe akribisch und investigativ, berichten umfassend und kommentieren kritisch. Sie setzen mit ihrer Arbeit Maßstäbe. So ist die Berichterstattung der Zeitungen unter anderem eine ständige Referenzgröße im parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Düsseldorfer Landtags.

Mit exklusiven Recherchen treiben die Journalisten von Anfang an die Aufklärung der Ereignisse voran. Sie berichten detailreich über die Abläufe und das Ausmaß der Exzesse und widerle-

gen damit die offiziellen Darstellungen der Polizei über eine „friedliche Silvesternacht“. Sie zitieren aus Einsatzberichten, sprechen mit Polizisten und decken Vertuschungsversuche von Politik und Verwaltung auf. Sie reden mit Opfern der sexualisierten Gewalt und belegen, wie schwerwiegend die Übergriffe waren und wie schwierig die juristische Aufarbeitung ist. Sie informieren über die Tatverdächtigen und ihre Herkunftsländer, auch hier oftmals im Widerspruch zu Verlautbarungen der Polizei und der Politik. Sie fordern sofort eine schonungslose Aufklärung und personelle Konsequenzen. Und sie verschaffen den Leserinnen und Lesern einen Überblick in der hitzigen und oft verwirrenden Informationssituation. Immer wieder wird die Fülle investigativer Einzelrecherchen zu einem Gesamtbild zusammengesetzt und der lange Atem der Redaktion dokumentiert.



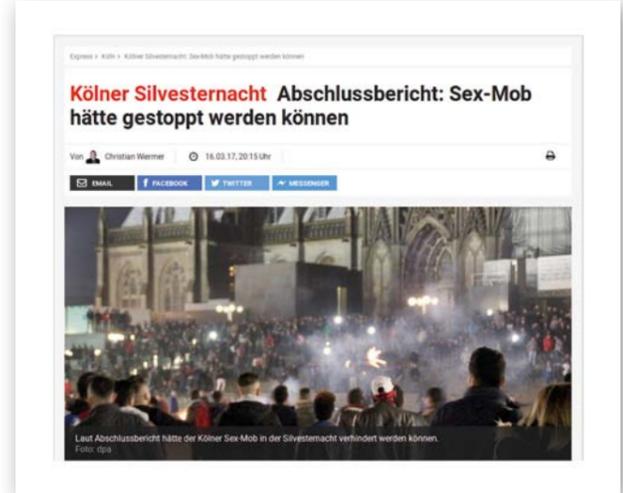
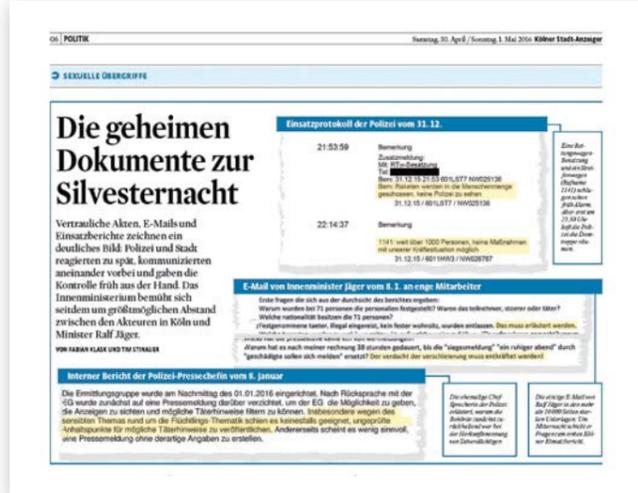
Die Redaktion hat damit nicht nur vorbildliche Aufklärungsarbeit geleistet. Sie hat überdies die „Kölner Botschaft“ initiiert, die der aufgeheizten Debatte eine Stimme der Vernunft entgegengesetzt. (siehe eigener Beitrag im Preisträger-Kapitel)

**Stichworte**

- ▶ Ausländer
- ▶ Flüchtlinge
- ▶ Gesellschaft
- ▶ Gewalt
- ▶ Kommunalpolitik
- ▶ Kontinuität
- ▶ Kriminalität
- ▶ Recherche/Investigation

**Kontakt:**

Joachim Frank, Chefkorrespondent des Kölner Stadt-Anzeiger, Telefon: 0221/224 2532, E-Mail: joachim.frank@dumont.de



# Zwischen Information und Zurückhaltung

**Mit dem Anschlag eines 17-jährigen Flüchtlings in einer Regionalbahn bei Würzburg erreicht der islamistische Terror Deutschland. Die Main-Post-Redaktion bündelt ihre Kräfte und schafft die Gratwanderung zwischen umfassender Information und zurückhaltender Berichterstattung.**

Das Attentat am Abend des 18. Juli 2016 ist für die Main-Post-Redaktion ein Schock. Das Redaktionsgebäude steht nur gut einen Kilometer von der Stelle, an der der Regionalzug zum Stehen kam. Noch in der Tatnacht sind mehrere Reporter am Tatort und am Lagezentrum der Hilfsorganisationen und berichteten bis in die Morgenstunden, teilweise live via Facebook auf der Main-Post-Seite.

In den Folgetagen werden in der Tageszeitung und online viele Facetten der schrecklichen Tat aufgearbeitet, Hintergründe sowie mögliche Folgen beleuchtet, Kommentare geschrieben und neue Details recherchiert. Die Seitenstruktur der Zeitung wird aufgehoben, damit lange Themenstrecken Platz haben. Auch Arbeitsprozesse in der Redaktion werden geändert, Kollegen der Lokalredaktionen in Würzburg und Ochsenfurt mit ins Boot genommen. Insgesamt arbeitet ein Dutzend Kolleginnen und Kollegen intensiv an dem Thema.

In der Ausnahmesituation, in der sich die Redaktion befindet, hat sich bewährt, dass alle Kollegen an cross-mediales Arbeiten und digitales Produzieren gewöhnt sind. Ab dem 19. Juli schaltet die Redaktion einen Scribble-Live-Kanal frei, in dem umfassend und aktuell sowie über mehrere Tage fortlaufend über das Attentat und die Folgen berichtet wird. Mit Facebook-Live-Videos übertragen die Kollegen in der Nacht erste Einschätzungen aus dem Lagezentrum und die Pressekonferenz am Tatort.

Die Redaktion reagiert nicht nur schnell, sie beweist auch langen Atem. Sie baut Kontakt zu der chinesischen Familie auf, deren Mitglieder bei dem Attentat schwer verletzt wurden, und gibt den Opfern eine Stimme. In einem Rückblick am Jahresende spricht die Redaktion mit den behandelnden Ärzten des Würzburger Klinikums und mit den Verantwortlichen aus dem Dorf, in dem der Attentäter zuletzt untergebracht war.



- Stichworte**
- ▶ Ausländer
  - ▶ Flüchtlinge
  - ▶ Gesellschaft
  - ▶ Gewalt
  - ▶ Kontinuität
  - ▶ Kriminalität
  - ▶ Recherche/Investigation

**Kontakt:**  
Achim Muth, Leiter Regionalredaktion, Telefon: 0931/6001 361, E-Mail: achim.muth@mainpost.de



Die Mittelschule Gaukönigshofen hat Übergangsklassen für geflüchtete Kinder und Jugendliche. Auch Riaz Khan Ahmadzai war dort im Unterricht. FOTO: THOMAS OBERMEIER



Idylle im Ochsenfurter Gau: In Gaukönigshofen war Riaz Khan Ahmadzai, der Attentäter von Würzburg, zuletzt bei einer Pflegefamilie untergebracht. FOTO: THOMAS FRITZ



Ein Polizeiauto passiert das Kolpinghaus in Ochsenfurt. Hier hat der Amokläufer gewohnt, bevor er vor kurzem nach Gaukönigshofen gezogen ist. FOTO: KARL-JOSEF HILDENBRAND, DPA

## Das geschockte Dorf

**Reaktionen:** In Gaukönigshofen, wo der Attentäter seit zwei Wochen in einer Pflegefamilie gelebt hatte, ist nichts mehr, wie es war. Die Schule wird von Polizisten bewacht. Die Bewohner sind fassungslos und fragen: Wer war dieser Riaz Khan Ahmadzai?

Von unserem Redaktionsmitglied **THOMAS FRITZ** und **BENJAMIN STAHL**

Am Sonntag saß er noch mit seiner Pflegefamilie beim Pfarrfest in Gaukönigshofen (Lkr. Würzburg). Entspannt und friedlich. Zwölf Stunden später fährt Riaz Khan Ahmadzai auf dem Gaubahnweg mit dem Fahrrad zum Ochsenfurter Bahnhof, steigt in den Regionalzug nach Würzburg, packt kurz danach auf der Toilette Axt und Messer aus, geht auf Reisende los, richtet ein Blutbad an. Aus hellem Himmel ist bei dem bisher unauffälligen Jungen eine Sicherung durchgebrannt. Er wird zum Attentäter – und das beschauliche Gaukönigshofen, wo er die letzten zwei Wochen bei einer Pflegefamilie lebte, rückt plötzlich in den Mittelpunkt der Welt.

Dienstagfrüh in Gaukönigshofen. Die Straßen sind leer. Kein Mensch weit und breit. „Das ist hier immer so“, sagen die beiden Bäckerverkäuferinnen. Das Attentat des Jungen ist Tagesthema im Laden. Viele aus dem Ort sind fassungslos. Bedrückt. Geschockt.

Auch, wenn hier jeder jeden kennt, über den afghanischen Jungen wissen die beiden Frauen nichts. Er wohnte ja auch erst seit kurzem in Gaukönigshofen. Ein paar Hundert Meter weiter wohnt die Pflegefamilie. Polizisten schirmen sie ab. Ebenso die Kinder der Mittelschule. Zwei bewaffnete Kriminalbeamte stehen vor dem Pausenhof, auf dem die Schüler fröhlich toben. Fernsehteams versuchen, an sie ranzukommen. Schulleiter Michael Hümmeler schickt sie weg. Schützend stellt er sich vor seine Schüler, die plötzlich auch im Mittelpunkt des Geschehens stehen. Auch an ihn wenden sich die Journalisten. Er weist sie ab.

Seit Montag haben wir ein Kriseninterventionsteam in der Schule. Psychologen, die uns bis zum Ende dieser Woche begleiten“, sagt er. Denn es gebe durchaus Schüler,

die Angst haben. Vor allem in den Klassen, die Riaz gut gekannt haben, seien die Psychologen präsent. Über Riaz Khan Ahmadzai, der eine der beiden Übergangsklassen an der Mittelschule besucht hat, will Michael Hümmeler nicht sprechen. Am Dienstag nach dem Attentat hat er vor Unterrichtsbeginn alle 180 Schüler zusammengerufen, um ihnen von den schrecklichen Ereignissen in der Nacht zu berichten. „Ich habe alle Fakten dargelegt, die bis dahin bekannt waren“, sagt er. Auch, dass Riaz nun nicht mehr am Leben ist. Spontan sollen im Gedanken an ihren Mitschüler einige seiner Klassenkameraden dann auch zum Haus der Pflegefamilie gegangen sein.

Für Mittwochabend hat Michael Hümmeler alle Eltern eingeladen. Zusammen mit den Psychologen will er auch sie über die Geschehnisse informieren. Neuere Erkenntnisse über den 17-jährigen Riaz und den Ablauf habe er zwar auch nicht, er will den Eltern aber die Möglichkeit zum Gespräch geben – und sie beruhigen.

Für Michael Hümmeler ist es jetzt ganz wichtig, zurück zur Normalität zu finden. Ein Stück weit sei diese einen Tag nach dem Attentat auch schon eingeleitet. Und das, obwohl die Schüler jetzt auch die Familie den Jungen im Rathaus anmelden, erzählt der Bürgermeister. Er hofft nun, dass durch den Vorfall die Integrationsbemühungen im Ort nicht nachlassen. Viele aus dem Helferkreis hätten noch Kontakt zu den Flüchtlingen, die vorübergehend in der Notunterkunft lebten. Sie helfen bei der Wohnungssuche, vermitteln Arbeitsplätze, helfen bei Sprachproblemen. Bernhard Rhein sorgt sich auch um den Ruf der Mittelschule. Hier werde eine hervorragende Integrationsarbeit geleistet. „Hoffentlich kommt das dadurch nicht ins Stocken.“

Auch Paul Lehrieder denkt so. Der CSU-Bundestagsabgeordnete wohnt in Gaukönigshofen, war lange Zeit hier Bürgermeister. Riaz Khan Ahmadzai hat den positiven Ansatz der Integration einen Bärendienst erwiesen“, sagt er. Nach Informationen der Redaktion haben bereits Familien, die Pflege-

freundet. „Gaukönigshofen ist am Arsch der Welt. Plötzlich sind wir der Mittelpunkt“, sagt eine von ihnen. Natürlich haben sie nicht damit gerechnet, dass ausgerechnet einer aus ihrem Ort, in dem sich fast 80 Freiwillige um Flüchtlinge gekümmert haben, zu solch einer Tat in der Lage war.

Aber ja, sie würden wieder helfen. Sie stünden wieder bereit, wenn sie gebraucht würden, sagen sie. Aber nicht mehr so unbeschwert wie vorher. „Ich hätte dann schon Angst“, sagt eine der Frauen. Riaz, den Jungen aus Afghanistan, kennen sie nur flüchtig. Eine der Frauen hat ihn am Sonntagabend, kurz nach acht noch mit seinem Fahrrad in Gaukönigshofen gesehen. Der Frau stockt der Atem. „Heute weiß ich, dass ich da eine tickende Zeitbombe gesehen habe. Bei dem Gedanken läuft es mir eiskalt über den Rücken.“ Die Frau kennt die Pflegefamilie gut. Spontan hat sie sie am Dienstag in den Arm genommen, ihr Mitgefühl ausgedrückt. „Die haben es gut gemeint. Damit hat ja niemand rechnen können.“

Bernhard Rhein ist Bürgermeister des kleinen Ortes. 1123 Menschen leben in Gaukönigshofen, weitere 1400 in den Ortsteilen. „Das ist eine Tragödie“, sagt er. Sein Mitgefühl gilt den Opfern. Aber auch Riaz tue ihm leid. Bei der Pflegefamilie des Jungen war er noch nicht. An diesem Donnerstag will er sie besuchen. Mittwochnachmittag wollte die Familie den Jungen im Rathaus anmelden, erzählt der Bürgermeister. Er hofft nun, dass durch den Vorfall die Integrationsbemühungen im Ort nicht nachlassen. Viele aus dem Helferkreis hätten noch Kontakt zu den Flüchtlingen, die vorübergehend in der Notunterkunft lebten. Sie helfen bei der Wohnungssuche, vermitteln Arbeitsplätze, helfen bei Sprachproblemen. Bernhard Rhein sorgt sich auch um den Ruf der Mittelschule. Hier werde eine hervorragende Integrationsarbeit geleistet. „Hoffentlich kommt das dadurch nicht ins Stocken.“

Auch Paul Lehrieder denkt so. Der CSU-Bundestagsabgeordnete wohnt in Gaukönigshofen, war lange Zeit hier Bürgermeister. Riaz Khan Ahmadzai hat den positiven Ansatz der Integration einen Bärendienst erwiesen“, sagt er. Nach Informationen der Redaktion haben bereits Familien, die Pflege-

kinder aufgenommen haben, diese wieder in die Obhut des Jugendamtes gegeben. Aus Angst, sie könnten ein ähnliches Schicksal erleiden, wie die Familie in Gaukönigshofen. Unterdessen kamen Zweifel an der Herkunft von Riaz Khan Ahmadzai auf. Am Dienstagabend wurden Vermutungen laut, wonach der Attentäter nicht aus Afghanistan, sondern aus Pakistan stammen könnte. Auch am Mittwoch klärten die Ermittler diese Spekulation auf Nachfrage der Redaktion noch nicht auf.

Unter Berufung auf Sicherheitskreise hatten Medien berichtet, man habe ein pakistanisches Dokument im Zimmer des 17-Jährigen gefunden. So könnte er sich nur als Afghane ausgegeben haben, um in Deutschland leichter Asyl zu bekommen – keine seltene Praxis, wie es aus dem pakistanischen Innenministerium heißt. Im Gegensatz zu Afghanen würden Pakistaner in der Regel als Wirtschaftsflüchtlinge angesehen und schnell wieder zurückgeschickt. Rund 90.000 allein im Jahr 2014.

Allerdings gibt es auch eine andere mögliche Erklärung für die Papiere: Viele Afghanen besitzen pakistanische Dokumente, zum Beispiel weil sie eine Weile in Pakistan gelebt haben. Der junge Attentäter könnte sich dort als Flüchtling aufgehalten haben. Viele Millionen Afghanen sind in den vergangenen Jahrzehnten vor Krieg nach Pakistan geflohen. Derzeit leben immer noch rund 1,5 Millionen registrierte und geschätzt eine Million unregistrierte Afghanen dort. Im Frühjahr stammten bis zu 20 Prozent der afghanischen Flüchtlinge in Europa aus den Flüchtlingslagern im Iran oder in Pakistan.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sah am Mittwoch keinen Anlass, an der afghanischen Nationalität des Attentäters zu zweifeln. Gegen die Annahme, dass es sich um einen Pakistaner handle, spreche der Hinweis auf das mitschlagweise auslösende Motiv für den Anschlag: der Tod eines Freundes in Afghanistan. Ferner liege ein An-

trag auf Zusammenführung der Familie vor – dieser beziehe sich auf Afghanistan. Nicht auf Pakistan.

Zudem spricht der Attentäter in dem sogenannten Islamischen Staat veröfentlichten Drohvideo eine der beiden Haupt-Landesprachen Afghanistans, Paschtu. Diese Sprache wird zwar auch in Pakistan gesprochen, vor allem in den Grenzgebieten zu Afghanistan. Akzent und Vokabular von Riaz Khan Ahmadzai scheinen aber eher auf eine afghanische Herkunft zu deuten, hieß es. Für einen Nicht-Muttersprachler, etwa in einer Flüchtlingsregistrierungsstelle, sei es allerdings unmöglich, das zweifelsfrei zu unterscheiden, erklärt Orientalist Matthias Hofmann im Gespräch mit der Redaktion. Als Reservoffizier der Bundeswehr war Hofmann unter anderem als landeskundlicher Berater in Afghanistan eingesetzt.

Was die Radikalisierung oder eine mögliche Nähe zum islamischen Staat angeht, mache es „keinen Unterschied, ob der Attentäter aus Pakistan oder Afghanistan“ stamme, so Hofmann weiter. Zwar versuche der IS in beiden Ländern Fuß zu fassen und Anhänger zu gewinnen. Echten Einfluss auf die Bevölkerung habe der IS dort aber noch nicht.

Die schreckliche Tat hat den Terror nach Mainfranken getragen. Die Idylle ist zerstört, und auch viele Flüchtlinge können die Tat nicht verstehen. Am Mittwoch trafen sich in der Würzburger Innenstadt rund 25 syrische Flüchtlinge zu einer Kundgebung, um sich von dem Angriff des 17-jährigen Riaz in einem Regionalzug zu distanzieren. Die Demonstration stehe unter dem Motto „Nicht in meinem Namen“, sagten Sprecher von Veranstalter und Polizei. Die Polizei bestätigte, dass eine Demonstration ordnungsgemäß angemeldet worden sei. Die Flüchtlinge aus Ochsenfurt und Würzburg hätten die Demonstration selbst und auf eigene Initiative organisiert, sagte eine Sprecherin des Ochsenfurter Helferkreises.

„Das ist eine Tragödie.“

Bürgermeister Bernhard Rhein, Gaukönigshofen

„Seit Montag haben wir ein Kriseninterventionsteam in der Schule.“

Schulleiter Michael Hümmeler, Gaukönigshofen

Polizei zieht wieder ab. Erst zum Unterrichtsende stehen die Beamten wieder vor der Schule. Normalität ist das noch nicht.

In einem schattigen Innenhof sitzen drei junge Frauen aus Gaukönigshofen. Auch sie sprechen über die Vorfälle, wollen ihren Namen aber nicht nennen. Wie die Pflegefamilie des afghanischen Jungen haben auch sie sich im örtlichen Helferkreis engagiert. Für sechs Monate lebten in einer Notunterkunft etwa 60 Flüchtlinge im Ort. Die Frauen haben Essen ausgeteilt, die Flüchtlinge mit Kleidern versorgt, sind mit einigen der Männer spazieren gegangen, haben sich ange-

# Die heikle Frage nach dem Parteibuch

**Wie wichtig ist es in einer seit Jahrzehnten von der SPD regierten Stadt wie Dortmund, dass Führungskräfte das „richtige“ Parteibuch haben? Die Redakteurin geht dieser Frage nach. Sie erntet peinliches Schweigen – und antwortet darauf mit intensiver Recherche.**

Eine der wichtigsten Aufgaben des Lokaljournalismus ist es, die Arbeit der Stadtoberen und Politiker kritisch zu beleuchten und so den Leserinnen und Lesern die Möglichkeit zu bieten, sich eine Meinung zu bilden. Dies tut Lokalredakteurin Gaby Kolle, indem sie eine scheinbar einfache Frage stellt: „Sind Sie Mitglied einer politischen Partei? Wenn ja, welcher und seit wann?“ 17 Führungskräfte städtischer Gesellschaften bittet die Redakteurin um Auskunft.

Die Frage rührt offenbar an ein Tabu. Die Mehrheit verweigert die Auskunft, andere antworten nur zögerlich, einer lässt rechtlich prüfen, ob er antworten muss, und rät seinen Kollegen, erst einmal nicht zu reagieren.

Kolle berichtet detailliert über das Ergebnis der Umfrage. Doch sie belässt es nicht dabei. Gründlich und umfangreich recherchiert sie die Hintergründe zu den Führungskräften und den städtischen Unternehmen. Und da die Antworten der Befragten oft ausbleiben, liefert sie stattdessen Zahlen über Umsätze und Bilanzen der Gesellschaften, beschreibt im Realitätscheck objektiv die fachlichen Qualifikationen der Chefs und macht die unterschiedlichen Reaktionen der Befragten öffentlich. Zusätzlich kommentiert sie das peinliche Schweigen und nimmt Stellung zu Filzvorwürfen.

**Ruhr Nachrichten**  
Das Beste am Guten Morgen

Die Artikel lösen einen Dialog mit Lesern, Politikern und den befragten Führungskräften aus. Während der Dortmunder Oberbürgermeister die Geschichte für überflüssig und tendenziös hält, bedanken sich die Leser in Briefen und Gesprächen für die faire, ausgewogene und kritische Berichterstattung.

### Stichworte

- Kommunalpolitik
- Layout
- Recherche / Investigation
- Wächteramt
- Wirtschaft

### Kontakt:

Hermann Beckfeld, Chefredakteur, Telefon: 0231/9059 4000, E-Mail: hermann.beckfeld@mdhl.de

## Schweigen auf die Frage nach Parteibuch

Bei städtischen Unternehmenskernern

Die einen nennen es Parteienfilz, die anderen eine logische Folge der Kommunalwirtschaft: Auf den Teppichetagen von städtischen Unternehmen sitzen viele Vorstände und Geschäftsführer mit Parteibuch, meist dem der SPD. Doch wer in diesen Chefesseln Platz nimmt, sollte vor allem die fachliche Eignung dazu haben. Soweit die Theorie. Wir haben einen Realitätscheck gemacht.

Es überrascht nicht, dass die meisten Unternehmensspitzen im Stadtkonzern eine rote Kladde mit den drei Buchstaben SPD ihr Eigen nennen. Ein Parteibuch – bei der CDU heißt es eine Mitgliedskarte – heißt nicht gleich Qualitätskiller. Doch die Betroffenen selbst haben sich bei der Recherche zu großen Teilen mit Auskünften zu ihrer Parteizugehörigkeit bedeckt gehalten, haben wiederholte Anfragen unkommentiert ignoriert oder erklärt, bei ihnen sei das anders gewesen. Allein die Anfrage hat schon im Vorfeld der Berichterstattung zu Diskussionen unter Betroffenen geführt. Sogar eine rechtliche Prüfung wurde in Auftrag gegeben, ob man überhaupt zur Auskunft verpflichtet sei.

### Fachliche Qualifikation

Wer in einem stadteigenen Unternehmen keine ausreichende politische Lobby hat, droht zu scheitern. Ein aktueller Fall ist der von DEW-Chef Dr. Frank Brinkmann. Sein Vertrag soll über 2017 hinaus nicht verlängert werden. Als diese Nachricht bei der DEW-Belegschaftsversammlung verkündet wurde, erklärte der Betriebsratsvorsitzende Dirk Wittmann, man werde bei der Findungskommission für Brinkmanns Nachfolge darauf drängen, dass die fachliche Qualifikation im Vordergrund steht und nicht das Parteibuch. *Gaby.Kolle @ruhrnachrichten.de*

### 31 Unternehmen

Ob Bus und Bahn, Müllabfuhr, Energie- und Wasserversorgung, Kliniken oder Seniorenheime – Daseinsvorsorge bei der Stadt Dortmund läuft heute vielfach nicht mehr über die klassischen Ämter, sondern über städtische Gesellschaften wie DSW21, DEW21 und EDG sowie wirtschaftlich und organisatorisch selbstständige Eigenbetriebe. Die Stadt Dortmund ist an 31 Unternehmen direkt beteiligt, die Untertöchter der Stadttöchter nicht mitgerechnet. Damit hat die Stadt einige lukrative Vorstands- und Geschäftsführerposten zu vergeben. Vor rund acht Jahren gab es bei der Stadt eine zwischenzeitliche Umkehr vom Automatismus „Parteibuch gleich Posten“. Es wurden für die Entsorgung Dortmund (EDG), den Flughafen, den heimischen Energieversorger DEW21, die Westfalenhallen und das Klinikum fachlich ausgewiesene Branchenprofis verpflichtet. Doch gleichzeitig ließ man die meisten Unternehmensspitzen im Stadtkonzern eine rote Kladde mit den drei Buchstaben SPD ihr Eigen nennen. Ein Parteibuch – bei der CDU ist es eine Mitgliedskarte – heißt nicht gleich Qualitätskiller. Doch die Betroffenen selbst haben sich bei der Recherche zu großen Teilen mit Auskünften zu ihrer Parteizugehörigkeit bedeckt gehalten, haben wiederholte Anfragen unkommentiert ignoriert oder erklärt, bei ihnen sei das anders gewesen. Allein die Anfrage hat schon im Vorfeld der Berichterstattung zu Diskussionen unter Betroffenen geführt. Sogar eine rechtliche Prüfung wurde in Auftrag gegeben, ob man überhaupt zur Auskunft verpflichtet sei.

### Das Verfahren

- Die Geschäftsführung wird in der Regel von der Gesellschafterversammlung dem Aufsichtsrat bestellt und abberufen.
- Allerdings sollen solche Entscheidungen vorab im Rat beziehungsweise im Finanzausschuss beraten und bestätigt werden.

## Eine heikle Frage

Viele aus den Führungsriege im Konzern Stadt Dortmund äußern sich nicht zur Parteizugehörigkeit

Es waren ganz einfache Fragen: Sind Sie Mitglied einer Partei? Wenn ja, welcher und seit wann? Doch die Antwort ist für viele Vorstände und Geschäftsführer der städtischen Gesellschaften offenbar ein Problem. Weil heikel. Auf die Anfrage unserer Zeitung jedenfalls schickte Guntram Pehlike, Stadtwerke-Vorstandschef, sofort eine E-Mail an seine Kollegen los mit der Empfehlung, nicht gleich zu antworten. Er wolle erst einmal rechtlich prüfen lassen, ob man überhaupt Auskunft geben müsse.

Muss man nicht. Auch nicht, wenn man in einem Unternehmen der öffentlichen Hand beschäftigt ist. Das sei ein Sachverhalt ohne Unternehmensbezug und damit privat, ließen die Anwälte den DSW21-Verstand wissen, dass der Eintritt in die SPD gern gesehen würde. Was viele getan haben.

### Umdenken vor acht Jahren

Doch vor rund acht Jahren setzte ein Umdenken ein. Es gab den Versuch, von den Belegschaften nach Parteibuch wegzukommen. Beispiele waren EDG-Chef Klaus Niemann, der ehemalige Flughafen-Chef Markus Bunk, DEW-Hauptgeschäftsführer Dr. Frank Brinkmann, Sabine Loos als Chefin der Westfalenhallen und Roland Mintrop, Vorsitzender der Geschäftsführung

des Klinikums. Alles ausgewiesene Fachleute und Branchenprofis. Allerdings erhielten fast alle spätestens nach ihrer Einstellung den mehr oder weniger deutlichen Hinweis von Genossen in Partei und Fraktion, den nicht vorhandenen politischen Lebenslauf doch bitte nachzuholen.

Niemann und Brinkmann haben das getan. Martin Kaiser, Geschäftsführer der städtischen Seniorenheime, ist laut Genossen ebenfalls im Nachhinein eingetreten. Auch Sabine Loos wurde aufgefordert. „Ernst, muss ich in die SPD“, soll sie Prüfung gefordert haben. Sie müsse nicht... habe er geantwortet. Ob sie's getan hat? Sie schweigt dazu. Trotz mehrfacher Anfragen aus. Chef Brinkmann ist inzwischen wieder ausgetreten. Politik, Verwaltung und Gesellschafter sind nicht mit allen Spitzen in den städtischen Gesellschaften glücklich, denen der politische Stallgeruch fehlt. Diese Branchenprofis wollen ihre Unternehmen managen. Politische Herausforderungen wie das Beschaffen von Mehrheiten für zuweilen unpopuläre Entscheidungen sind ihre Sache nicht. Das sorgt in einer Kommunalwirtschaft für Konflikte. Flughafenchef Markus Bunk ist gegangen, am Stuhl von EDG-Hauptgeschäftsführer

Klaus Niemann wurde zwischenzeitlich heftig gesägt. Und DEW-Boss Frank Brinkmann wird spätestens 2018 gehen müssen. Sein Vertrag wird nicht verlängert.

### Vetternwirtschaft

Mehr Glück hat da Frank Hengstenberg (CDU), kaufmännischer EDG-Geschäftsführer. Ernst Prüsse als EDG-Aufsichtsratschef hatte ihm 2010 dazu gemacht. Nicht weil Hengstenberg der beste Kandidat war – es gab keine Ausschreibung –, sondern weil er ins Kalkül passte. Es war Kommunalwahlkampf, und der berufliche Aufstieg von Hengstenberg pappte auch der CDU den Geruch der Vetternwirtschaft an und hebelte so ein Wahlkampf-Argument aus.

Doch Hengstenbergs Job drohte jetzt im Vorfeld anstehender Vertragsverlängerungen ebenfalls unter die Räder zu kommen. Guntram Pehlike soll als Mitglied der EDG-Gesellschafterversammlung, so wird kolportiert, letztlich gesagt haben: „Ehemalige Fraktionsvorsitzende, egal welcher Couleur, lassen wir nicht fallen.“

Im März 2012 hat der Rat Standards für eine verantwortungsvolle Unternehmensführung der städtischen Gesellschaften beschlossen – mit dem Ziel, Transparenz und Ef-

izienz im „Konzern Stadt Dortmund“ zu verbessern. Und dann 2015 nochmals nachgebessert. Hinterzimmer-Kungelei in den Gesellschafterversammlungen über die Verlängerung, Dotierung, Ausstattung und Altersversorgung von Verträgen sollte es nicht mehr geben. Der Rat wollte sich von seinen „Angebotenen“ nicht mehr in eine Randrolle drängen lassen. Künftig wird der Rat, vorher der Finanzausschuss, in nicht öffentlicher Sitzung erfahren, wie die Einstellungsmodalitäten sind. Sein Votum ist zu hören, bevor ein Geschäftsführer oder Vorstand bestellt oder abberufen wird.

### Rat hat das letzte Wort

In den nächsten Jahren laufen viele gut dotierte Verträge von Managern städtischer Unternehmen aus (Regellaufzeit fünf Jahre). Die Spitzen von Partei und Fraktion in SPD und CDU haben die Zügel in die Hand genommen, führen über die Verlängerungen Sondierungsgespräche. Auch wenn der Rat das letzte Wort hat: Nach aktuellem Stand wird nur Brinkmann 2017 gehen müssen. Ob sein Nachfolger oder seine Nachfolgerin verantwortungsvolle Unternehmensführung der städtischen Gesellschaften beschlossen – mit dem Ziel, Transparenz und Ef-

izienz im „Konzern Stadt Dortmund“ zu verbessern. Und dann 2015 nochmals nachgebessert. Hinterzimmer-Kungelei in den Gesellschafterversammlungen über die Verlängerung, Dotierung, Ausstattung und Altersversorgung von Verträgen sollte es nicht mehr geben. Der Rat wollte sich von seinen „Angebotenen“ nicht mehr in eine Randrolle drängen lassen. Künftig wird der Rat, vorher der Finanzausschuss, in nicht öffentlicher Sitzung erfahren, wie die Einstellungsmodalitäten sind. Sein Votum ist zu hören, bevor ein Geschäftsführer oder Vorstand bestellt oder abberufen wird.

### Rat hat das letzte Wort

In den nächsten Jahren laufen viele gut dotierte Verträge von Managern städtischer Unternehmen aus (Regellaufzeit fünf Jahre). Die Spitzen von Partei und Fraktion in SPD und CDU haben die Zügel in die Hand genommen, führen über die Verlängerungen Sondierungsgespräche. Auch wenn der Rat das letzte Wort hat: Nach aktuellem Stand wird nur Brinkmann 2017 gehen müssen. Ob sein Nachfolger oder seine Nachfolgerin verantwortungsvolle Unternehmensführung der städtischen Gesellschaften beschlossen – mit dem Ziel, Transparenz und Ef-

izienz im „Konzern Stadt Dortmund“ zu verbessern. Und dann 2015 nochmals nachgebessert. Hinterzimmer-Kungelei in den Gesellschafterversammlungen über die Verlängerung, Dotierung, Ausstattung und Altersversorgung von Verträgen sollte es nicht mehr geben. Der Rat wollte sich von seinen „Angebotenen“ nicht mehr in eine Randrolle drängen lassen. Künftig wird der Rat, vorher der Finanzausschuss, in nicht öffentlicher Sitzung erfahren, wie die Einstellungsmodalitäten sind. Sein Votum ist zu hören, bevor ein Geschäftsführer oder Vorstand bestellt oder abberufen wird.

### Das Parteibuch – ein Karriere-Turbo?

Name	Partei	Position	Seit
Manfred Kasack	SPD	Präsident	2011
Udo Mayer	SPD	Präsident	2011
Uwe Blücher	SPD	Präsident	2011
Dr. Frank Brinkmann	SPD	Präsident	2011
Hubert Jung	CDU	Präsident	2011
Frank Hengstenberg	CDU	Präsident	2011
Wolfgang Birk	SPD	Präsident	2011
Klaus Niemann	SPD	Präsident	2011
Klaus Gensch	SPD	Präsident	2011
Ortwin Schäfer	SPD	Präsident	2011
Sabine Loos	?	Präsident	2011
Ulf Fügus	?	Präsident	2011
Markus Kähler	SPD	Präsident	2011
Uwe Sammelwitz	SPD	Präsident	2011
Guntram Pehlike	SPD	Präsident	2011
Rudolf Mühlberg	PARTEILOS	Präsident	2011
Simon Kna	PARTEILOS	Präsident	2011